

Die Streikwelle wächst!

7500 Metaller streiken in Köln / Kampfausschüsse in 116 Berliner Betrieben / Streikdurchlässe bei der RBB / Sachsischer Arbeiter, rüstet unter Führung der KPD zum Streik!

Köln, 7. November. (Eig. Meldung)

Die Antwort auf den durch Betriebe der Gewerkschaftsbüros erstlich erklärteten Schiedsspruch, der einen Lohnraub von 65 Prozent vorhebt, und gestern 7500 Metallerarbeiter in das Streik getreten. Die Humboldt-Poly-Motorenwerke sowie zwei große Maschinenfabriken sind in den Kampfleidstreit getreten.

Berlin, 7. November. (Eig. Meldung)

Zu Täglichkeit der Hauptwerkstatt der Berliner Verleiherschaft sowie der Werkstätten Treptow und Grunewald haben die Antwort auf den neuen Lohnraubvorstoß der Direktion des Streiks beschlossen.

Die Berliner Metallerarbeiter beantworten die Geheimverhandlungen über den Lohnabbau, die zwischen den Industriellen und dem DGB stattfinden, mit bestürzter Rüstung für den Streik. In 116 Betrieben wurden vorbereitende Kampfausschüsse errichtet, davon in 48 Betrieben mit starker Beteiligung der KPD-Mitglieder. Die in den letzten Tagen durchgeführten Versammlungen zeigen, daß die Berliner Metallerarbeiter nicht lampions machen wollen, um Lohnabbau über sich ergehen lassen zu lassen.

In der Urabstimmung der Berliner Hafen- und Speicherarbeiter über Ausnahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs kamen von 400 Arbeitern 275 für Streik und nur 129 für Ausnahme. Im wichtigsten Hafen Berlins, dem Westhafen, dessen Arbeiter fast hundertprozentig im Gewerkschaftsverband organisiert ist, kamen 111 für Streik und 33 dagegen. Damit haben sich die polonarbeiter mit überwältigender Mehrheit für den Streik entschieden.

Braunschweig, 7. November. (Eig. Meldung)

Hier sind gestern die Belegschaften von drei häufigen Notbetrieben in den Streik getreten. Noch im Laufe des heutigen Tages wird von weiteren häufigen Betrieben der Streik ausgetragen.

Streikwillige der lähl. Gemeindearbeiter

Chemnitz, 7. November.

Die außerordentliche Bezirkskonferenz der Gemeindearbeiter im Sachsenbahn, die vom Gesamtverband in Chemnitz abgehalten wurde, lehnte nach mehrstündigem leidenschaftlichen Debatte den Schiedsspruch, der einen erneuten Lohnraub von 1½ Prozent vorhebt, mit überwältigender Mehrheit ab.

Die Gemeindearbeiter Sachsen dürfen nicht auf die radikale Kritik des Gesamtverbandes hereinfallen. Gemeinden mit den Textil- und Metallerarbeitern müssen sie den Kampf anstreben gegen jeden Pfennig Lohnraub.

Das Beispiel der Kölner und Berliner Metallerarbeiter, die mit ihrem Streikbeschluss die Antwort gaben auf den Unternehmensraub und den Konkurrenzraub, muß in Sachsen seinen Widerhall finden. Neuer Lohnraub steht in der sächsischen Metallindustrie bevor, tarifloser Zustand herrscht bei 200 000 Textilarbeitern. Das Kommando der sächsischen Metaller mit den Textilern herzustellen, ist die nächste Aufgabe. Es gilt in jedem Betrieb auf der Grundlage der breitesten Einheitsfront vorbereitende Kampfausschüsse zu wählen und die Betriebe kreisweit einzusetzen zu machen.

Neue Demonstrationen in Dresden

Die Arbeiterdemonstrationen in allen Stadtteilen Dresdens blieben im Verlauf des geistigen Nachmittags angehalten. In den Abendstunden erschien plötzlich in der Prager Straße, im Stadtzentrum, ein starker Demonstrationzug von zirka 4000 Leuten. Unter Proteststrassen gegen das Kundgebungs- und Demonstrationsverbot und Hochrufen auf die Sowjetunion verloren die Demonstranten den Dresdner Boulevard. Als die Polizei einschritt, war die Demonstration bereits aufgelöst. Beide hatten sich in Streik, wo schon am Donnerstag vor den Reichsbahnen Protestkundgebungen stattgefunden hatten, in Dresden und auf der Annenstraße ebenso wie auf dem Sachsen-Demonstrationstag gebildet. Auch hier handelt es sich wieder um Proteste gegen den kleinen Belagerungsstand in Dresden.

Not Sport für rotes Volksbegehren!

Die höchste Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit an der Leitung der Kommunistischen Partei Sachsen:

Die Landesleitung Sachsen der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit nahm einmütig Stellung zu dem Beschluss der KPD Sachsen, ein rotes Volksbegehren zur Auflösung des Landessportbundes durchzuführen. Als Vertreter von 45 000 roten Sportlern forderte man wie diesen Beschluss und versprach, mit aller Kraft und Energie die KPD Sachsen in dieser Massenbewegung zu unterstützen. Die Landesleitung fordert deshalb alle roten Sportler Sachsen auf, ihre ganze Kraft für einen Sieg der KPD einzusetzen.

Für das rote Volksbegehren der KPD!

Für den Sturz der kapitalistischen Schiedsregierung!

Gegen kulturelle Verelendung!

Gegen die faschistischen Wehrsportverbände und den reaktionären Vertrag an der Einheit des Arbeitersportes!

Gegen ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland!

Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit

Landesleitung Sachsen

Stillegungen im Sachsenwerk

Wie wir erfahren, fanden am 4. November bei der SW-Beratung Verhandlungen über Stilllegung weiterer Abteilungen statt. Von 24. November bis 24. Dezember werden Gieherei und Zicherei stillgelegt und die Arbeiter entlassen. Näheres berichtete wir noch.

Nazi-Stadtverordneter zur RBB

Der nationalsozialistische Rosseler Stadtverordnete Bloch ist der KPD-Sachse überzeugt, daß Bloch ist Sachsen-

RBB grüßt die Partei Lenins!



Genosse

Stalin

der Führer des Weltproletariats und des Bolschewismus

wirklichkeit des Sozialismus einzuleiten, werden die anfeuernde Kraft Eures Beispiels für das Weltproletariat weiter steigen.

Die Verteidigung eures sozialistischen Aufbaues, die Verteidigung der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion gegen die räuberischen Pläne des Weltimperialismus

gewinnt gegenwärtig, angesichts des blutigen Krieges, mit dem der japanische Imperialismus das chinesische Volk überfallen hat und die Sowjetunion bedroht, für alle Kommunisten in den kapitalistisch-imperialistischen Ländern noch größere Bedeutung als zu jeder anderen Zeit. Die Kommunistische Partei Deutschlands stellt ihre ganze Kraft in den Dienst dieser revolutionären Aufgabe.

Die deutschen Kommunisten entrichten am 14. Jahrestag des bolschewistischen Oktober ihren besonderen brüderlichen Gruß der Roten Armee, die im Fernen Osten wie an der Westgrenze gegenüber dem polnischen Imperialismus und den weissen Palastenstaaten der imperialistischen Großmächte, auf der Wacht für den Frieden der Sowjetmacht steht.

Für die deutschen Kommunisten und das deutsche Proletariat ist der 14. Jahrestag der Sowjetunion ein Anlass mehr, unter den Millionenmassen Marxstolz darüber zu schaffen, daß es nur einen Ausweg aus der sozialen und nationalen Verelendung des deutschen Volkes, aus einer Rettung vor der kapitalistischen Katastrophe geben kann: den Sieg des Sozialismus!

Es lebe die Sowjetunion und ihr sozialistischer Aufbau!

Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion und ihr leninistisches Zentralkomitee unter Führung des Genossen Stalin!

Es lebe die Rote Armee, das Schwert und der Panzer der proletarischen Diktatur!

Berlin, den 6. November 1931.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Nazi-Vizepräsident durch RBB gewählt!

Hamburger SPD-Führer erklärt: „Zusammengehen von SPD und Nazis ist eine Front der Vernunft!“

Hamburg, 6. November.

Die Hamburger SPD-Führer haben ihrem schwachwilligen Bündnisangebot an die Nazis die Tat folgen lassen. Bei der Wahl des Vizepräsidenten der Hamburger Bürgerschaft wurde der Naziführer Holzmann durch Stimmenabstimmung der SPD-Fraktion in Stichwahl gegen den KPD-Kandidaten Esser gewählt.

Diese offene Ablieferung der SPD-Vorzen bei der braunen Pest wurde in der Debatte ausdrücklich „gerechtfertigt“ durch den Vorstehenden der SPD-Fraktion, der wörtlich erklärte:

„Wenn wir hier mit den Nazis zusammengehen, so ist das eine Front der Vernunft!“

Da die Kommunisten und Sozialdemokraten eine Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft darstellen, hätte die SPD die Wahl eines Nazis glatt verhindern können.

Die SPD-Führer haben aber die Wahl eines nationalsozialistischen Vizepräsidenten ermöglicht und gleichzeitig dafür gesorgt, daß kein Kommunist, nicht einmal als Schriftführer, in das

Präsidium gewählt wurde. Wie der nationalsozialistische Vizepräsident, so wurde auch ein nationalsozialistischer Schriftführer gewählt.

Das Hamburger SPD-Echo berichtet über diese Wahl selbst: „Zu Vizepräsidenten wurden Dr. Holzmann (Nazis), mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Ladahl (Staatspartei) gewählt.“

Dieses direkte und unverhüllte Bündnis zwischen SPD- und Nazi-Führern, das durch die Rote Breitschmidts bereits eingeleitet worden war, findet jubelnden Beifall bei der Nazipresse. Die der Wahl vorangegangene Erklärung des SPD-Redakteurs: „Lieber mit zehn Nazis als mit einem Kommunisten ins Präsidium!“ wird vom Blatt des sächsischen Naziaffilianten Mühlmann ohne Kommentar in fetter Schrift abgedruckt unter der Überschrift: „Ein offenes Wort!“ Dieser offene Kuhhandel mit den brutalen Feinden der Arbeiterbewegung ist auch ein offenes Wort an die antifaschistischen SPD-Arbeiter! Sie können nicht Führern folgen, die den Hakenkreuzmord den Weg zum „dritten Reich“ ebnen! Deshalb, SPD-Arbeiter Sachsen, muß auch euer Kampf laut: Kampf dem Faschismus und seinen Zutreibern — für das rote Volksbegehr der KPD!

Neue Verhaftungen

Nachdem bereits Anfang der Woche der Vorsteher der Dresdner oppositionellen Naturfreunde, Sportgenossen Gläser verhaftet worden war, hat die Polizei heute früh abermals Verhaftungen vorgenommen. Wie wir erfahren, handelt es sich um mehrere Löbauer Arbeiter, die sich angeblich an Auseinandersetzungen mit Nazis beteiligt hatten. Die Verhaftungen erfolgten offenbar auf nationalsozialistische Denunziation.

Defonomie = „Bürgerkriegsschulung“

Die BV Sachsen der RBB zur Sprengung der Bermsgrünler Parteischule

Die bürgerliche Presse bringt eine offensichtlich von amilie Stelle inspirierte Meldung, wonach eine in der Sporthalle in Bermsgrün stattfindende kommunistische Schule ausgehoben worden sei, die sich mit „Bürgerkriegsschulung“ beschäftigt habe.

Dazu stellen wir folgendes fest:

Die Schule in Bermsgrün war eine Parteischule des Unterbezirks Schwarzenberg der RBB, die sich lediglich mit politischen Schulungsseminaren beschäftigte. — Dies geht hervor aus den für die Schule vorgelegten Schulungs-Themen.

Der Schulungsplan sah folgende Themen vor:

5 Tage: Kapitalistischer Niedergang — Sozialistischer Aufbau,
3 Tage: Grundzüge der leninistischen Politik,

1 Tag: Aufgaben der KPD,

1 Tag: Organisatorische und politische Aufgaben im Bezirk.

Wenn die bürgerliche Presse meldet, daß die Schüler bei der Behandlung von Bürgerkriegsthemen übergangsweise seien,

so ist das glatter Schwindel. Die Schule wurde ausgehoben, als das erste Thema behandelt wurde.

Was in diesem ersten Thema durchgearbeitet wurde, ergibt sich aus folgender Unterteilung für dieses Thema:

Kapitalismus,
Imperialismus,
Weltwirtschaftskrise,
5-Jahr-Plan.

Es ergibt sich also:

1. Die Aushebung der Schule ist eine reine Willkürnahme gegen die Kommunistische Partei bei der Durchführung ihrer politischen und theoretischen Schulungsarbeit.

2. Die bürgerliche Presse schwärmt bewußt oder auf amilie Inpiration hin, daß es sich um „Bürgerkriegsschulung“ der RBB gehandelt habe.

Bezirksleitung Sachsen der RBB.